



Seite 2:  
Kreistagsfraktion reagiert auf Einlenken von Ameos



Seite 5:  
Entschlossenes Handeln gegen die extreme Rechte



Seite 6:  
Steigende Altersarmut Thema beim Bürgergespräch in Staßfurt

# DIE LINKE ZEITUNG

3/2020

Spende erbeten Zeitung der Partei DIE LINKE des Kreisverbandes Salzlandkreis



Sachsen-Anhalt hat eine neue Landesverfassung

# „Rasse“ raus – Antifa rein

## Antifaschismus bekommt erstmals in einem deutschen Bundesland Verfassungsrang

Im Landtag wurde Ende Februar eine umfassende Parlamentsreform verabschiedet, die die Fraktion DIE LINKE gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf den Weg gebracht hat. Dazu erklärt der parlamentarische Geschäftsführer Stefan Gebhardt:

„Mit der Parlamentsreform haben wir viel erreicht. Vor allem ist es gelungen, mit der Reform einen echten Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger Sachsens-Anhalts zu schaffen und dem Land eine moderne und zeitgemäße Verfassung zu geben.

Die Handschrift der Fraktion DIE LINKE zeigt sich deutlich in der Parlamentsreform. Mit Artikel 37a - der Antifaklausel - bekommt der Antifaschismus erstmals in einem deutschen Bundesland Verfassungsrang. Damit wurde eine Forderung, die DIE

LINKE bereits seit 2005 vertritt und nach dem rechtsterroristischen Anschlag in Halle aktueller denn je wurde, endlich umgesetzt. Zudem wurde der Begriff „Rasse“ aus der Landesverfassung gestrichen und im Gegenzug ein Diskriminierungsverbot aus rassistischen Gründen und aufgrund sexueller Identität umgesetzt. Auch das von der Fraktion DIE LINKE geforderte Staatsziel gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land wurde - neben dem Staatsziel des Klima- und Tierschutzes - mit der Parlamentsreform in die Verfassung aufgenommen.

Der Mehrwert der Parlamentsreform für Bürgerinnen und Bürger besteht insbesondere darin, dass die Landespolitik transparenter wird. Ausschusssitzungen werden künftig grundsätzlich öffentlich tagen, so dass politische Entscheidungen und Diskus-

sionen in den Ausschüssen mitverfolgt und nachvollzogen werden können. Zudem wird die direkte Demokratie gestärkt, indem entsprechende Verfahren vereinfacht und erleichtert werden. Eine klare Verbesserung für Volksgesetzgebungen ist etwa die Absenkung des Quorums bei Volksbegehren von 9 auf 7 Prozent. Nicht zuletzt wird das Petitionsrecht gestärkt, indem die Fachausschüsse - anders als bisher - künftig Stellungnahmen zu Petitionen abgeben, wenn diese vom Petitionsausschuss in den Fachausschuss überwiesen werden.

Wir alle sind nun gefordert, die neuen Staatsziele und Verpflichtungen der Parlamentsreform mit Leben zu erfüllen. Papier ist geduldig, die Bürgerinnen und Bürger sind es nicht.“

## Weitere Themen der letzten Landtagsitzung:

### Tag der Befreiung als Gedenk- und Feiertag

Die Fraktion DIE LINKE hat beantragt, den 8. Mai als Tag der Befreiung zum bundesweiten Feiertag zu erklären. Entsprechend wird die Landesregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene in geeigneter Weise dafür einzusetzen. Der 8. Mai 1945 markiert mit dem Sieg der Alliierten über das nationalsozialistische Deutsche Reich und der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht das Ende des Zweiten Weltkriegs. Der militärische Sieg über Deutschland war die notwendige Voraussetzung, um die Verbrechen der Wehrmacht und den industriellen Massenmord der Deutschen an den europäischen Jüdinnen und Juden, an den Sinti und Roma, Behinderten, Kranken, Homosexuellen, Zeugen Jehovas, den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, den verschleppten Slawinnen und Slawen, den politischen Gefangenen, jenen die sich in den Widerstand begeben hatten und allen, welche in der nationalsozialistischen Ideologie zu Feinden erklärt wurden zu beenden. Der 8. Mai soll daher in der Öffentlichkeit als „Tag der Befreiung“ vom Nationalsozialismus mit einem Gedenk- bzw. Feiertag verankert werden. Die innenpolitische Sprecherin Henriette Quade sagte: „Sprechen wir heute über das Ende des Zweiten Weltkriegs, müssen wir über auch über

seinen Beginn sprechen: über den 1. September 1939, den Überfall der Wehrmacht auf Polen. Dem Überfall voraus ging der von den Deutschen fingierte angebliche Angriff polnischer Widerstandskämpfer auf den Sender Gleiwitz, durchgeführt von Angehörigen der SS am 31. August 1939.“ „Den Krieg zu beginnen war ein Verbrechen, die Gründe waren verbrecherisch, die Taten der Wehrmacht waren Verbrechen. Sie waren keine Exzesse von Soldaten, die außer Kontrolle geraten waren, sondern geplante Brutalität und Vernichtung, sie waren vorgegeben in den Befehlen der militärischen Führung, sie waren die planvolle Umsetzung nationalsozialistischer Ideologie“, hob sie hervor. „Nun steht der 75. Jahrestag der Befreiung an, und der 8. Mai ist nach wie vor kein bundesweiter Feiertag -- ausgerechnet dieses historische Datum, ausgerechnet dieser Tag in der deutschen Geschichte, an dem es etwas zu feiern gibt.“

Henriette Quade betonte: „Weder der Antisemitismus noch der völkische Nationalismus und der Faschismus sind verschwunden.“ Der Antrag wurde zur Ausschussberatung überwiesen.

### Krankenhauslandschaft auf dem Land

Der Landtag solle sich dafür aussprechen, dass das Ziel der Gesundheitspolitik des Landes eine bedarfsgerechte, flächendeckende und umfassende Versorgung der Bevölkerung mit ambulanten und stationären Angeboten sein müsse. Der für die Region

zuständige Abgeordnete Wulf Gallert sagte: „Um es gleich vorweg zu nehmen, der Ihnen vorliegende Antrag ist wesentlich dadurch motiviert, dass eine Schließung des Krankenhausstandortes Havelberg droht. Deswegen stehe auch ich heute hier und nicht meine Fraktionskolleg\*innen aus dem Sozialausschuss und der Enquetekommission. Allerdings zeigt die Diskussion um den Krankenhausstandort Havelberg, dass es hier um ganz grundsätzliche Fragen geht, die das Angebot der stationären Versorgung im Land Sachsen-Anhalt betreffen.“ Er führte weiter aus: „Erstens, ein Krankenhaus ist nicht dazu da, um sich zu lohnen. Ein Krankenhaus ist für die stationäre Versorgung vor Ort da. Zweitens, die Entscheidungsgewalt über Krankenhäuser und deren Besitz haben in öffentlicher, dort wurde gesagt staatlicher, Hand zu liegen und nicht bei privaten Konzernen. Drittens, das System getrennter Krankenversicherungen für verschiedene Personengruppen und die Vielzahl von Krankenkassen stößt auf Ablehnung.“ Schließlich gehe hier sehr reale, unmittelbar das Leben von Menschen im ländlichen Bereich betreffende Sorgen, für die wir als Haushalts- und Gesetzgeber Verantwortung übernehmen müssen. Dabei kritisierte Wulf Gallert die fehlenden Investitionen in der Vergangenheit, die die Ursache für fehlende Liquidität heute in den Krankenhäusern sind.

*Stefan Gebhardt, Parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion*

## Kreistagsfraktion reagiert auf Einlenken von Ameos

*Sabine Dirlich, Christian Jethon*

Die AMEOS-Regionalgeschäftsführung gibt dem öffentlichen Druck von Beschäftigten, Gewerkschaftsvertretern und aus der Politik endlich nach. Nach 2 Wochen Generalstreik scheint AMEOS nun bereit, über einen Tarifvertrag zu verhandeln. Der Streik ist vorerst ausgesetzt. Die ausgesprochenen Kündigungen sollen aufgehoben und mit der gewerkschaftlichen Vertretung über einen Tarifvertrag verhandelt werden. Damit wären die Forderungen der beiden Mitglieder der LINKEN im AMEOS-Regionalbeirat, Sabine Dirlich und Christian Jethon, erfüllt. Sie erklären dazu: „Wir begrüßen das Einlenken von AMEOS. Jetzt gilt es jedoch ernsthaft zu verhandeln und auf die Forderungen der Arbeitnehmer\*innen einzugehen. Wir erwarten spürbare Verbesserungen für die Beschäftigten als Ergebnis aus den Verhandlungen. Denn es gilt: Guter Lohn für gute Arbeit.“ Die Rückkehr in das Beratergremium bedeutet keinesfalls, dass sie ihre politischen Positionen aufgeben, sondern ist eine faire Reaktion auf die gezeigte Gesprächsbereitschaft. „Wir erwarten



*Das Ameos-Klinikum in Bernburg; Foto: privat*

Verhandlungen auf Augenhöhe ohne Drohgebärden und Falschinformationen. Bis zum Abschluss eines Tarifvertrages werden wir die Verhandlungen genau beobachten. Sollte AMEOS in das alte Verhaltensmuster zurück verfallen, werden wir wieder Konsequenzen ziehen.“

Seit Mitte Dezember ruhte ihre Mitgliedschaft in dem von AMEOS selbst initiierten Gremium. Aus Protest gegen die kurz vor dem Weihnachtsfest ausgesprochenen Kündigungen hatten die beiden Mitglieder der Kreistagsfraktion DIE LINKE diesen Schritt unternommen und begründeten ihn mit der starren Konfrontationshaltung auf Seiten von AMEOS.

Als Vertretung der Bürgerinnen und Bürger sind sie daran interessiert, die Krankenhauslandschaft im Salzlandkreis wohnortnah und zukunftsfest zu gestalten. Sabine Dirlich und Christian Jethon bekräftigen nochmals: „Der Landkreis braucht endlich Eingriffsmöglichkeiten in die Entscheidungen der Krankenhausleitung, damit der Kreistag seinem Auftrag aus dem Krankenhausgesetz, die Gesundheitsversorgung im Kreis sicherzustellen, überhaupt gerecht werden kann. Wenn Gesundheitsvorsorge rein betriebswirtschaftlich gedacht wird, geht sie zwangsläufig an den Bedürfnissen der Menschen vorbei. Gesundheit ist keine Ware!“

dem Krankenhausgesetz, die Gesundheitsversorgung im Kreis sicherzustellen, überhaupt gerecht werden kann. Wenn Gesundheitsvorsorge rein betriebswirtschaftlich gedacht wird, geht sie zwangsläufig an den Bedürfnissen der Menschen vorbei. Gesundheit ist keine Ware!“

## Schirm GmbH empfängt regionale Politiker der Fraktion DIE LINKE in Schönebeck

Sabine Dirlich, DIE LINKE ELSALAND

Nachfragen, wo der Schuh drückt: Am 13. Februar 2020 empfing die Schirm GmbH Vertreter der Stadträte Schönebeck und Magdeburg der Fraktion DIE LINKE sowie Eva von Angern, die Vize-Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag, an ihrem Hauptsitz in Schönebeck. Der Produktionsdienstleister für die chemische Industrie gewährte seinen Gästen dabei Einblicke in seine Arbeit wie die Produktion von Syntheseprodukten und weitere Dienstleistungen, die am Standort für Kunden aus ganz Europa erbracht werden. Schönebeck ist der größte Standort der Schirm GmbH.

„Es ist unsere Aufgabe als Politiker ständigen Kontakt zu den ortsansässigen Unternehmen zu pflegen, Ideen und auch Kritik aufzunehmen und zu helfen wo es möglich ist“ sagte Eva von Angern, Landtagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE in Sachsen-Anhalt. Mit Warnweste, Sicherheitshelm und Schutz-



LINKE Delegation bei der Schirm GmbH, Foto: privat

brille ausgerüstet, erhielt die Delegation unter fachkundiger Führung von Standortleiter Dr. Wolfram Lüneburg zunächst einen Rundgang über das Firmengelände und durch die 2018 erweiterte Mehrzwecksyntheseanlage. Beim anschließenden Gespräch informierten sich

die Teilnehmer unter anderem über aktuelle Themen wie das Ausbildungsangebot von Schirm die Gleichstellung von Mitarbeitern und wirtschaftspolitische Fragen wie die Auswirkungen des Brexits.

Das zentrale Thema des Standortbesuchs war der Fachkräftemangel in der Region: „Unser Unternehmen kann auf eine über 200-jährige Tradition in Schönebeck zurückblicken und auch die weitere Zukunft des Schirm-Standortes liegt uns sehr am Herzen. Eine Herausforderung bleibt jedoch der Fachkräftemangel und die Suche nach Nachwuchskräften. Wir als Unternehmen brauchen verlässliche Rahmenbedingungen seitens der Politik, eine gute

Infrastruktur und Menschen, die gern im regionalen Raum leben und arbeiten möchten“, sagte Dirk Unterstenhöfer, Geschäftsführer der Schirm GmbH.

## Besuch bei der Tafel in Schönebeck

Roland Claus, DIE LINKE ELSALAND

DIE LINKE vom „ELSALAND“ besuchte am 13. Februar die von der AWO des Salzlandkreises in Schönebeck betriebene Tafel in der Pestalozzi-Straße. Die Landtagsabgeordnete Eva von Angern, die Vorsitzende der Linksfraktion im Kreistag und im Stadtrat Sabine Dirlich und ihre Begleitung informierten sich zunächst im Gespräch mit Ines Grimm-Hübner über die Situation der Tafeln im Salzlandkreis und über weitere AWO-Einrichtungen.

Beim Besuch der Tafel trafen die Besuchenden auf sehr engagierte Mitarbeiter\*innen und auf viele Nutzer\*innen der Tafel. Die Kooperation mit den großen Handelsunternehmen bei der Bereitstellung von Lebensmitteln war



Gruppenbild bei der Schönebecker Tafel; Foto: privat

Gegenstand der Gespräche. Schön wäre es, wenn sich alle in Schönebeck ansässigen größeren Handelsunternehmen an den

Lebensmittelspenden für die Tafel beteiligen würden. Denen, die es tun, sei ein herzlicher Dank gesagt. Die Delegation der LINKEN würdigte das ehrenamtliche Engagement der Tafelmitarbeiter\*innen und die Arbeit der AWO. Eva von Angern und Sabine Dirlich unterstützten die AWO aber auch in ihrer Auffassung, dass für die Tafel Schönebeck nach einem besseren Standort gesucht werden sollte. Wer in Not lebt und sich Essen von der Tafel holen muss, sollte das wenigstens in einem würdigeren Umfeld tun können. Dieser Vorschlag wurde beim anschließenden Termin mit dem Oberbürgermeister Bert Knoblauch auch vorgetragen und diskutiert. DIE LINKE bleibt dran.

## Mit der Fraktionsvorsitzenden Sabine Dirlich im Gespräch

Regina Koblischke, DIE LINKE Aschersleben

Die Mitglieder des Ortsverbandes Aschersleben trafen sich Mitte Februar mit Sabine Dirlich zum Kaffee mit Links. Ein wesentlicher Gesprächsstoff waren die Streiks bei AMEOS und die breite Unterstützung der Bevölkerung.

Über die Arbeit und die anstehenden Aufgaben im Kreistag berichtete uns Sabine, u.a. über die geplanten Vergaben von Beförde-

rungsleistungen an die KVG Salzlandkreis, die Investitionsmaßnahmen an bzw. beim Straßenbau sowie anstehender Sanierungen. Themen waren weiterhin der Landtag in Thüringen mit seinen Geschehnissen am 05.02.2020 und das geplante Manöver Defender 2020 sowie die Friedensmärsche und Aktionen zu Ostern. Die Vorbereitungen zum 1. Mai und der bevorstehende 75. Jahrestag

der Befreiung vom Hitlerfaschismus wurden ebenfalls thematisiert. Was wollen wir vorbereiten? Wen wollen wir beteiligen? Welche Aktivitäten planen wir?

Am Ende richteten wir den Blick auf den 08. März bzw. der Veranstaltung am 9. März. Zum Kaffee mit Links hatten wir die Vorsitzende des Landesfrauenrates, Eva von Angern, eingeladen, um den Tag nachträglich zu begehen.

# Zum 100. Jahrestag des Kapp-Lüttwitz-Putsches

Jan Korte, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion

Der Faschismus kam nicht über Nacht an die Macht. Den ersten ernsthaften Versuch, eine rechtsextreme Militärdiktatur an Stelle der parlamentarischen Demokratie der Weimarer Republik zu errichten, unternahmen die alten Eliten des Kaiserreiches noch nicht einmal anderthalb Jahre nach der Novemberrevolution. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch vom 13. März 1920 scheiterte allerdings bereits nach 100 Stunden am geeinten Widerstand der Arbeiterbewegung.

Gleich nachdem eine breite Volksbewegung am 9. November 1918 die Monarchie in Deutschland hinweggefegt hatte organisierten die alten Eliten die Konterrevolution. Der bereits am 10. November 1918 zwischen dem MSPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert und dem letzten Chef der Obersten Heeresleitung (OHL) Wilhelm Groener besiegelte Ebert-Groener-Pakt war einerseits die Machtbasis für die Durchsetzung der mehrheitssozialdemokratischen Vorstellungen einer bürgerlichen Demokratie und der Beginn der Niederschlagung aller Bewegungen, die über die Parlamentarisierung und den Achtstudententag hinausgehende demokratische Ideen verfolgten. Er war aber auch einer der dicksten Sargnägel für die Weimarer Republik, denn er verhinderte nicht nur die notwendige Entmilitarisierung der Gesellschaft, sondern sicherte den reaktionärsten republikfeindlichen Kräften als „Staat im Staate“ dauerhaften und entscheidenden Einfluss. Die Chance den preußisch-deutschen Militarismus zu zerschlagen wurde vereitelt. Stattdessen wurde von der SPD-Führung bzw. von Gustav Noske, ihrem Volksbeauftragten für Heer und Marine, neben der Reichswehr, die rund 400.000 Soldaten hatte, mit den weit über 120 Freikorps ein ebenso großes militärisches Terrorinstrument aufgebaut und maßgeblich finanziert.

Das funktionierte eine Zeit lang gut, denn Reichswehr und Freikorps waren extrem zuverlässig, wenn es um die Bekämpfung kommunistischer oder sozialistischer Aufständischer wie bei der Niederschlagung des Spartakusaufstandes im Januar 1919 oder der Räterepubliken im April und Mai 1919 ging. Doch nachdem am 10. Januar 1920 der Versailler Friedensvertrag in Kraft getreten war, welcher das deutsche Heer auf 100.000 und die Marine auf 15.000 Soldaten beschränkte, mussten Ebert und Noske notgedrungen gegen ihre Partner handeln, wenn sie keine Maßnahmen der Siegermächte riskieren wollten. Am 29. Februar erließ Noske eine Verfügung, die berüchtigte Marinebrigade Ehrhardt aufzulösen. Dies versetzte sowohl die Reichswehrführung, als auch die Freikorps in Rage. Sie dachten nicht im Ansatz daran, den drohenden Personalabbau oder die Auflösung der Freikorps zu akzeptieren. Am 10. März forderte General von Lüttwitz

deshalb von Ebert die Rücknahme des Auflösungsbefehls sowie die sofortige Auflösung der Nationalversammlung und Neuwahlen. Ebert lehnte ab und forderte seinerseits Lüttwitz Rücktritt, dem dieser jedoch nicht nachkam, sondern stattdessen der in Döberitz stationierten Brigade Ehrhardt den Befehl zum Marsch auf Berlin gab. In der Nacht auf den 13. März machte sich die Brigade kampfbereit und mit Hakenkreuz am Helm auf den Weg. In der Regierung brach hektische Betriebsamkeit aus. Noske hielt eine Kommandeursitzung ab, auf der er vom Chef des Truppenamtes Hans von Seeckt erfuhr: „Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr“. Bei der ersten Gelegenheit verweigerten die Militärs der Republik den Gehorsam. Das Kabinett beschloss deshalb, dass die Regierung aus Berlin fliehen und ein Aufruf zum Generalstreik erfolgen solle. Der nach außen, als politischer Kopf der Verschwörer, agierende Wolfgang Kapp, seit 1912 im Aufsichtsrat der Deutschen Bank, hatte mit seiner „Nationalen Vereinigung“ ein Programm entwickelt, das auf eine Kanzlerdiktatur, die Entmachtung der Parteien und einen autoritären Korporativstaat hinauslief. Die rechtskonservative DNVP und auch weite Teile der nationalliberalen DVP sympathisierten mit den Putschisten. Es schien, als ob der von Lüttwitz und Erich Ludendorff organisierte Militärputsch gelingen würde.

Doch es kam anders. Weite Teile der Regierungsbürokratie waren unschlüssig und verweigerten die Arbeit und auch im Militär herrschte Uneinigkeit. Ausschlaggebend für das Scheitern des Putsches war jedoch der Generalstreik – der größte politische Massenstreik in der deutschen Geschichte. Er entwickelte sich zuerst aus spontanen lokalen Aktionen, wuchs dann durch die Aufrufe von SPD, ADGB, Angestelltenbund, christlichen Gewerkschaften, USPD, KPD und durch Unterstützung der liberalen DDP. Am 14. März erfasste der Generalstreik bereits vollständig Berlin und breitete sich über die ganze Republik aus. 12 Millionen Beschäftigte beteiligten sich. Massendemonstrationen fanden statt. Er führte zur völligen Lahmlegung der öffentlichen Versorgung und nahm den Putschisten jede Möglichkeit zu regieren. In den Vororten von Berlin, in Mecklenburg, Sachsen, Thüringen und im rheinisch-westfälischen Industriegebiet griffen Arbeiter spontan zu den Waffen. Der auf 50.-100.000 Mann anwachsenden Roten Ruhrarmee gelang es in kürzester Zeit die Putschisten im Revier zu besiegen. Schnell ging es nicht mehr nur darum die Republik zu verteidigen, die Massen verlangten jetzt eine grundsätzliche Demokratisierung der Gesellschaft. Parallel zum Sieg im Ruhrgebiet brach der Militärputsch in Berlin in sich zusammen. Kapp, Lüttwitz, Pabst und Kon-

sorten flohen. Die Gewerkschaften einigten sich am Tag darauf auf ein Neun-Punkte-Programm mit weitgehenden Forderungen, darunter die Sozialisierung von Betrieben, die Enteignung von Großagrariern und der Rücktritt Noskes. Zudem wurde eine Regierungsbeteiligung der Gewerkschaften verlangt. Die SPD stimmte am 20. März einem abgeschwächten Kompromiss zu.

Doch es kam wieder anders. Nachdem die Regierung aus Stuttgart zurück war, bröckelte der Generalstreik außerhalb des Ruhrgebietes und wurde schließlich am den 25. März 1920 abgebrochen. Die Bürgerlichen stiegen aus den Kampfleitungen aus und die Spontantät der Massen erlahmte mit der vermeintlichen Eroberung der Macht. Aber die Arbeiterregierung kam nicht zustande. Stattdessen rief der neue Chef der Heeresleitung Hans von Seeckt den verschärften Ausnahmezustand aus und die Regierung stellte den Aufständischen im Ruhrgebiet ein Ultimatum Streik und Aufstand aufzugeben. Diese waren isoliert und stimmten dem vom Carl Severing (SPD) vermittelten »Bielefelder Abkommen«, das sich am Neun-Punkte-Programm orientierte und eine Amnestie sowie die geregelte Waffenabgabe vorsah, zu. Doch das »Bielefelder Abkommen« wurde umgehend nach der Auflösung der Kampfverbände und Räte von der Regierung gebrochen. Die Freikorps wollten Rache und sie bekamen dafür von der durch Arbeiter geretteten SPD-Regierung alle Macht in die Hand. So endete die Aufstandsbewegung in einem Massenmord mit schätzungsweise 1.000 durch die Freikorps Ermordeten!

Danach wurde Gericht gehalten. Allerdings nicht über die Putschisten, sondern über diejenigen, die sie im Ruhrgebiet besiegt hatten: annähernd 4.000 Personen kamen in Haft und gegen 822 Personen wurden Urteile über insgesamt 919 Jahre Gefängnis und 168 Jahre Zuchthaus verhängt.

Von den Putschisten wurde einzig von Jagow, der Innenminister der Putschistenregierung, zur Mindeststrafe von fünf Jahren Festungshaft verurteilt. Viele Kapp-Putschisten starteten dreieinhalb Jahre später mit dem „Marsch auf die Feldherrenhalle“ von Hitler und Ludendorff den nächsten Versuch und finden sich weitere 10 Jahre darauf in exponierten Funktionen von NSDAP, Wehrmacht und SS. Während die Reaktion aus ihrer Niederlage den Schluss zog, dass eine erfolgreiche Machtübernahme und Etablierung der Diktatur nur mit einer entsprechenden Massenbasis zu erreichen sei, war die Arbeiterbewegung traumatisiert und endgültig gespalten. Der Generalstreik gegen den Putsch bildete somit die letzte fragile Einheit der Arbeiterklasse vor dem Faschismus.

# Entschlossenes Handeln gegen die extreme Rechte

Henriette Quade, innenpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion

Zu dem terroristischen Anschlag mit insgesamt 11 Toten im hessischen Hanau erklärt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und innenpolitische Sprecherin Henriette Quade:

„Die Nachricht über diese Gräueltat hinterlässt uns fassungslos. Unsere Gedanken sind bei den Ermordeten und ihren Angehörigen. Wir trauern mit jenen, die Familienangehörige und Freund\*innen verloren haben. Wir halten inne mit all jenen, die entsetzt sind. Unsere Solidarität gilt allen, die physische wie psychische Folgen dieses Verbrechens zu erleiden haben und in ihrer Sicherheit erschüttert haben!

Sollte sich die Einschätzung der Generalbundesanwaltschaft eines rassistischen Tatmotivs bestätigen, wäre das ein weiterer dramatischer Beleg für die langjährige verantwortungslose Unterschätzung dessen, was sich in den rechts-extremen Szenen seit geraumer Zeit entwickelt und die Grundfesten unserer demokratischen Gesellschaft ernsthaft infrage stellt. Erst in der letzten Woche wurden offenbar konkrete Vorbereitungen für weitere Anschläge dieser Art im gesamten Bundesgebiet durch die Razzien und Verhaftungen gestoppt.

Das macht klar: So wie in Halle mag der Täter allein gehandelt haben - ein Einzeltäter ist er nicht. Denn diese Täter sind nicht nur getragen von ihren eigenen rassistischen Motiven und dem Willen zum Bürgerkrieg. Sie sind auch getragen von all jenen, die diesen Motiven das Wort reden, die sie verharmlosen, die sie relativieren und rechtfertigen. Von jenen, die die Gefahr rechten Terrors ignorieren, sie kleinreden und durch permanente Gleichsetzung mit den behaupteten Gefahren des „Linksextremismus“ bagatellisieren. Von jenen, die Faschisten als Partner akzeptieren und als normale Akteure der Demokratie begreifen wollen. Von



jenen, die Rassismus nicht als Problem benennen wollen, sondern die Schuld für rassistische Übergriffe in der Anwesenheit und im Verhalten der Opfer suchen.

Von Rassismus Betroffene, people of color, Migrant\*innen, Jüdinnen und Juden und viele weitere Menschen sehen sich in ihrer unmittelbaren Sicherheit bedroht und fragen zu Recht: „Wie viele von uns müssen noch sterben, bis in diesem Land etwas passiert?“ Denn auch nach dem Mord an Walter Lübcke, nach dem Anschlag von Halle und nach dem in der letzten Woche ein rechtsextremes mutmaßliches Terrornetzwerk ausgehoben wurde, ist die Bilanz der politischen Reaktionen erschreckend: In Thüringen gehen CDU und FDP einen Pakt mit Nazis ein, geben ihnen Regierungsmacht und setzen den Demokraten Bodo Ramelow mit dem Faschisten Höcke gleich. Titelseiten großer Zeitungen jagen zeitgleich dem Pappkameraden „Linksextremismus“ nach. Beides ist eine unfassbare und verantwortungslose Verharmlosung der Gefahren, die von der extremen Rechten in all ihren Erscheinungsformen ausgeht. Wie dramatisch diese Verharmlosung

ist zeigt nun auch der mutmaßlich rechtsextreme Terrorakt von Hanau. Doch auch konkret und vor Ort in Sachsen-Anhalt bleibt es nicht bei politischen Debatten, die angesichts der Realität im Land absurd sind:

In Sachsen-Anhalt ist nach wie vor nicht klar, ob und welche Unterstützung durch die Landesregierung Moscheen bei Sicherheitsvorkehrungen erfahren. Noch in der letzten Innenausschusssitzung wurde die Frage, ob auch finanzielle Unterstützung für Sicherungsmaßnahmen für muslimische Gemeinden vorgesehen sind, mit nein beantwortet. Erst nach über 4 Monaten nach dem antisemitischen und rassistischen Anschlag von Halle fand überhaupt ein Gespräch zur Sicherheitseinschätzung des Landesnetzwerks der Migrant\*innenorganisationen (LAMSA) in Sachsen-Anhalt mit dem zuständigen LKA statt.

Das zeigt: an der dramatischen Unterschätzung rechten Terrors hat sich auch nach Halle nicht viel geändert. Und: Politische Debatten, die Faschisten ernsthaft zu Partnern machen, statt sie konsequent und rigoros zu ächten, sind eine wesentliche Bedingung für rechten Terror. Sie verstärken rechtsextreme Netzwerke. Sie ermutigen die Täter.

Wer jetzt nicht entschlossenes Handeln gegen die extreme Rechte als erste politische Priorität setzt, der muss sich auch für deren Handeln in Verantwortung nehmen lassen. Wenn nicht endlich die Angst und die Perspektive der von Rassismus, Antisemitismus, Frauenfeindlichkeit und rechtsextremer Abwertung Betroffenen in den Mittelpunkt stellt und handlungsleitend macht, kann sich Gedenkminuten sparen.“

## Linksjugend jetzt auch im Salzlandkreis

Jule Recklebe, Mitglied im Kreisvorstand

Im Februar trafen sich einige Jugendliche und junge Erwachsene mit der Intention der Gründung einer politisch links stehenden und aktiven Jugendgruppe im Salzlandkreis. In diesem Zusammenhang bietet sich der Jugendverband der Partei DIE LINKE, „Linksjugend [solid]“, welcher sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene bereits aktiv ist, an.

Unter den Teilnehmern waren neben den Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 14 bis 26 Jahren, Mitglieder des Landes-sprecherInnenrats der Linksjugend Sachsen-Anhalt sowie der Landesjugendkoordinator der LINKEN Sachsen-Anhalt, Robert Fietzke, als Unterstützer und Berater anwesend. Ebenfalls waren auch die Kreisvorsitzenden des Salzlandkreises, Henriette Krebs und Jörg



Lemmert, zugegen. Sie werden auch als Unterstützer sowie als Kontaktpersonen fungieren. Es wurde über Motivationen und Ideen für zukünftige Aktionen gesprochen. Darunter zählt z.B. die Erstellung einer Instagram-Seite für

die öffentliche Wirksamkeit und das Erreichen weiterer Jugendlicher im Landkreis. In Zukunft sollen zudem Flyer und Sticker sowie weiteres Infomaterial erstellt werden. Auch öffentliche Veranstaltungen sind denkbar. Am Ende des Treffens steht der Auftrag der offiziellen Gründung der „Alternativen linken Jugendgruppe des Salzlandkreises“ über den Bundesverband der Linksjugend [solid]. Diese wird im März stattfinden.

Nähere Informationen zu den Treffen der Gruppe, Ideen und Aktionen sowie bei Eigeninteresse können gerne an folgende E-Mail-Adresse geschickt werden: [linksalternativejuugend@mail.riseup.net](mailto:linksalternativejuugend@mail.riseup.net).

# Vielseitige finanzielle Unterstützung durch die Kreistagsfraktion

Sabine Dirlich, Fraktionsvorsitzende

Dank der LINKEN-Kreistagsfraktion können sich neun gemeinnützige Projekte im Salzlandkreis über eine großzügige finanzielle Unterstützung freuen. Insbesondere der Kinder- und Jugendarbeit im Kreis kommt das Geld zugute. Von der Audioanlage für das Schwarzlichttheater in Barby und Großmühlungen über kindgerechtes Gartenwerkzeug für den Schulgarten in Löderburg bis zum Karate-Sommercamp in Aschersleben können auf diese Weise kleine und größere Lücken in der Finanzierung der Projekte geflickt werden. Diese und sechs weitere Projekte erhalten jeweils 1.388,89€. Die krumme Summe kommt dadurch zustande, dass die Gesamtsumme von 12.500€ gleichmäßig auf die neun Empfänger verteilt wurde. Die Fraktionsvorsitzende Sabine Dirlich dazu: "Es freut mich sehr, dass alle von uns vorgeschlagenen Projekte angenommen worden sind. Wir haben vor allem Projekte der Kinder- und Jugendarbeit im Salzlandkreis ausgewählt und sind davon überzeugt, dass das Geld in diesen Vereinen sehr gut angelegt ist."

Feuerwehren und Rotkreuz sind mit ihrer Nachwuchsarbeit ein Musterbeispiel bürgerchaftlichen Engagements. So erhält die Kinder- und Jugendabteilung der Feuerwehr Groß Börnecke Unterstützung beim Kauf eines neuen Mannschaftszeltes und das Jugendrotkreuz des DRK Bernburg bei der Anschaffung persönlicher Schutzausrüstung. Der Salzlandkreis ist reich an traditionellen Vereinen des



Die LINKE Kreistagsfraktion, Foto: privat

Breitensports und des Karnevals. Doch Tradition muss nicht "veraltet" bedeuten. Der SV Cochstedt 1930 plant mit der Finanzspritze die nötigen Modernisierungs- und Umbauarbeiten an den Umkleiden und dem Sportwartbüro vorzubringen. Der Nienburger Carnevalsclub möchte die alten Stromfresser aussortieren und die Lichtenanlage auf energiesparende LED umstellen.

Für DIE LINKE ein Selbstverständnis: die Unterstützung des Sozialen! Die Tafel in Bernburg investiert das Geld in die Anschaffung eines neuen Lieferfahrzeuges, das den hygienischen Anforderungen an den Lebensmitteltransport gerecht wird. Das Jugendaustauschprojekt 2020 des Städtepartnerschaftsvereins in Schönebeck mit Teilnehmenden aus gleich drei anderen Nationen - nämlich Litauen, der

Türkei und Schweden - wird mit dem Geld gefördert.

Das Geld stammt aus dem Gewinn der Salzlandsparkasse. Er wird jedes Jahr an soziale und kulturelle Projekte im Salzlandkreis ausgeschüttet. Alle im Kreistag vertretenen Fraktionen erhalten dazu das Vorschlagsrecht. Die Mitglieder der Kreistagsfraktion DIE LINKE beglückwünschen alle Begünstigten der diesjährigen Ausschüttung!

- Das Jugendaustauschprojekt des Städtepartnerschaftsvereins Schönebeck e.V.
- Das Sommercamp der Kinder- und Jugendabteilung des Ascania Karate Traditionell e.V.
- Der SV Cochstedt 1930 e.V. für Umbauten auf dem Sportgelände
- Der Feuerwehrverein Groß Börnecke e.V. für den Kauf eines Mannschaftszeltes
- Der Nienburger Carnevalsclub e.V. für moderne Lichttechnik
- Der Förderverein der Grundschule und Kita Löderburg e.V. für Ausstattungen im Schulgarten
- Die Freunde der Christlichen Sekundarschule in Barby und Großmühlungen e.V. für eine moderne Soundanlage im Schwarzlichttheater
- Die Bernburger Tafel e.V. zur Mitfinanzierung eines neuen Lieferfahrzeuges
- Das DRK Bernburg für persönliche Schutzausrüstung des Jugendrotkreuzes

## Steigende Altersarmut Thema beim Bürgergespräch in Staßfurt

Christian Härtel, Wahlkreismitarbeiter MdB Jan Korte

Die steigende Altersarmut unter vielen Neurentnern und die zunehmende Besteuerung von Renten brennen vielen Staßfurterinnen unter den Nägeln, so das Fazit des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, Jan Korte, der kürzlich die Bodestadt besuchte. Zusammen mit Mitgliedern des LINKEN Ortsverbandes hatte er interessierte Einwohner und Passanten zum lockeren Bürgergespräch unter freiem Himmel auf dem Benneckschen Hof eingeladen.

Im Ergebnis des Meinungsaustausches mit zahlreichen Passanten, die den Infostand der LINKEN besuchten, untermauert Korte die Sorgen: „Bundesweit bekommt jeder zweite Rentner eine monatliche Rente von unter 900 Euro. Die steigende Altersarmut ist Ergebnis einer verfehlten Rentenkürzungspolitik und einer Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt, die zu Niedriglohnjobs



Jan Korte und die Staßfurter GenossInnen, Foto: privat

und Teilzeitarbeit geführt hat. Wir brauchen einen grundlegenden Wechsel in der Rentenpolitik, deutlich höhere Mindestlöhne und eine insgesamt höhere Tarifbindung, um Altersarmut wirksam zu begegnen. Deshalb will DIE LINKE eine Solidarische

Mindestrente von 1.200 Euro einführen“, fordert der Bundestagsabgeordnete.

Ein weiteres Problem sieht Korte in dem Umstand, dass Rentner, die in diesem Jahr in Rente gehen, bis zu fünfmal mehr Steuern zahlen als Rentner, die 2010 in Rente gegangen sind. Und das bei gleicher Rentenhöhe, die seitdem real an Kaufkraft verloren hat. Angesichts dieser Zahlen sei es nach Ansicht des Abgeordneten kein Wunder, dass laut Umfragen rund drei Viertel der Bevölkerung die Rentenbesteuerung als ungerecht empfinden. Die Renten der meisten Menschen sind zu gering, um noch Steuern zu zahlen.

„Wir stehen erst am Anfang dieser Entwicklung. Bis 2040 werden auch kleine und mittlere Renten immer stärker belastet, falls sich nichts ändert. Aus Sicht der LINKEN ist inakzeptabel, dass das Rentenniveau sinkt und dann auch noch die Rente stärker besteuert wird“, so Korte.

# M!PÖRT sorgt für Begeisterung beim Frauentag

Jörg Lemmert, Ortsvorsitzender DIE LINKE Bernburg

Auch bei der bereits 7. Auflage war „Kaffee, Kuchen, Kabarett“ als Frauentagsveranstaltung in Bernburg wieder ein großer Erfolg. Die gemeinsame Veranstaltung von LINKE, SPD und DGB fand erneut im bis auf dem letzten Platz gefüllten Saal der Stiftung Evangelische Jugendhilfe statt und sorgte für viel Begeisterung bei den Gästen. Diese durften sich über Musik von Gunther Seyffert, Darbietungen der Tanzgruppen des Bernburger Stadtteilhauses, Redebeiträge zum Internationalen Frauentag und den Auftritt der Kabarettisten von „M!PÖRT“ freuen.

Bei Kaffee und Kuchen überzeugten die Tänzerinnen gleich zu Beginn der Veranstaltung. Ganz am Ende gab es für ihre weitere Arbeit eine Spende in Höhe von ca. 140 Euro, die bei der traditionellen Sammlung an diesem Nachmittag zusammenkam.

Die politische Redebeiträge der anwesenden PolitikerInnen und GewerkschafterInnen drehten sich wieder um die hart erkämpfte Frauenrechte der letzten 100 Jahre und um die anhaltenden Probleme bei der Gleichstellung



Blick in den Saal bei der Bernburger Frauentagsfeier, Foto: Thomas Skoczowski

der Geschlechter. Unsere Abgeordnete Doreen Hildebrandt, stellvertretende Landesvorsitzende der Partei, ging in diesem Zusammenhang nochmals auf die Streiks an den Ameos-Kliniken ein und lobte die vorwiegend weiblichen Beschäftigten für ihren kämpferischen, ausdauernden und kreativen Aktionen während der Streikwochen. Auch der Verweis auf das Volksbegehren für mehr Lehrer durfte bei der Veranstaltung nicht fehlen. Nach Doreens Werblock gab es viele neue Unterschriften.

„M!PÖRT“, seit vielen Jahren die bekanntes-

te Kabarettgruppe der Stadt und bereits vor sechs Jahren bei „Kaffee, Kuchen, Kabarett“ zu Gast, begeisterte nach den Reden eine gute halbe Stunde lang mit Auszügen aus dem aktuellen Programm, das immer wieder politische Entwicklungen in Deutschland aufs Korn nahm und neben den schauspielerischen Beiträgen viele musikalische Zwischenspiele zu bieten hatte.

Auch im 7. Jahr und beim bisher umfangreichsten Programm gilt natürlich wieder allen Beteiligten ein großes Dankeschön für

Vorbereitung, Durchführung und Abbau. Viele fleißige Hände sorgten dafür, dass erneut alles reibungslos lief, auch wenn eine Baustelle den Zugang in diesem Jahr erschwerte. Ein besonderes Dankeschön in Form eines Geschenkes gab es bereits bei der Eröffnung für André Möckel von der Stiftung Evangelische Jugendhilfe, der beim gastgebenden Jugendclub der Stiftung den Hut auf hat und seit 6 Jahren die Nutzung des Saals ermöglicht.

## LINKE Frauentagsfeier in Amesdorf

Lars Lehmann, Ortsvorsitzender Die LINKE Saale-Wipper

Der Ortsverband Saale-Wipper lud am 08. März anlässlich des internationalen Frauentages wieder nach Amesdorf in den Gemeindesaal ein. In enger Kooperation mit den Damen der Volkssolidarität aus dem Ort, führt der Ortsverband diese Veranstaltung seit vielen Jahren durch und der Saal war auch in diesem Jahr wieder gut gefüllt.

Für die musikalische Umrahmung der Veranstaltung konnten wir in diesem Jahr das Duo „Spirit-Flow“ aus Calbe gewinnen, welches musikalisch durch den Nachmittag

begleitete.

Nachdem sich die Anwesenden bei dem ein oder anderen Stück Kuchen und Kaffee stärken konnten und die ersten Gespräche bereits aufkamen, richtete der Ortsvorsitzende, Lars Lehmann, noch ein paar Grußworte an die anwesenden Damen und stieß mit ihnen auf ihren Ehrentag an. Die Kreisvorsitzende Henriette Krebs ging auf die historischen Hintergründe des heutigen Frauentages ein und brachte dann einige aktuelle Themen, die mit diesem in Zusammenhang stehen. Es ging u.a.

um die Ungleichbehandlung bei Gehältern und Posten-/ Ämterverteilungen, sowie um häusliche Gewalt und um die nach wie vor teilweise immer noch herrschende klassische Rollenverteilung.

Die Besucher der Veranstaltungen sowie die Mitglieder des Ortsverbandes nutzten die Veranstaltung danach noch zu einem regen Meinungsaustausch und auch die nächsten Veranstaltungen des Ortsverbandes wurden bereits besprochen.

## Traditionelle Winterfütterung im Tierpark Staßfurt

Klaus Magenheimer, Orts- und Fraktionsvorsitzender

Seit mehreren Jahren laden Ortsverband und Stadtratsfraktion in den Winterferien zur Winterfütterung in den Tierpark der „Lebenshilfe“ ein. Auch in diesem Jahr konnten wir 20 Erwachsene und 6 Kinder begrüßen.

Unter der Leitung der Tierpflegerin Sabine Kasties ging es zuerst in das Affenhaus. Mehrere Bewohner dieses Warmhauses konnten von den Kindern aus der Nähe betrachtet und auch gestreichelt werden. In ihrem großräumigen Gehege warteten schon die Esel auf die bunte Besuchergruppe. Natürlich waren hier Gemüse und Obst gefragte Mitbringsel. Die daneben wohnenden Kattas waren zur frü-

hen Nachmittagszeit leider nicht in die freie Wildbahn zu locken, dagegen warteten jedoch schon Schweine, Gänse und Enten auf mitgebrachte Gaben. Einen längeren Aufenthalt gab es um und im Gehege der zahlreichen Ziegen. Sie ließen sich vor allem die mitgebrachten Mohrrüben schmecken. Auch hatten sie gegen Streicheleinheiten nichts einzuwenden. Unter ihnen befand sich natürlich auch die junge Owamboziege, über die die Stadtratsfraktion im vergangenen Jahr die Tierpatenschaft übernommen hatte.

Die am Eingang übergebene Urkunde des Tierparkbetreibers „Lebenshilfe“ dokumen-

tierte, dass die Fraktion auch für das laufende Jahr 2020 die Tierpatenschaft verlängert hat. Dafür wurden 50 Euro zur Verfügung gestellt. Wegen der stürmischen Witterung konnten wir in diesem Jahr die Außenanlage mit den Lamas, Kamelen und Pferden leider nicht betreten. Dennoch wurden Gedanken und Erfahrungen zum Umgang mit Tieren vermittelt. Nach einer Stunde Aufenthalt an der frischen Luft traten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Heimweg an und versicherten, nach der Saisonöffnung am 15. März wieder vorbei zu schauen.

**Kreisvorstand und Redaktion  
gratulieren im  
März  
recht herzlich**

zum 96. Geburtstag  
Gertrud Große

zum 90. Geburtstag  
Christa Bust

zum 87. Geburtstag  
Helga Friedrich  
Vera Näther

zum 84. Geburtstag  
Marianne Kinsky  
Ingrid Schmerwitz  
Brigitte Weilbeer

zum 82. Geburtstag  
Dieter Schrader

zum 60. Geburtstag  
Reinhard Schreier

**Wir gratulieren auch allen  
anderen Mitgliedern unseres  
Kreisverbandes, die im  
März Geburtstag haben**



**Aufruf zur Mitarbeit!**

DIE LINKE Zeitung sucht ständig Artikel aus allen Regionen des Salzlandkreises. Wir freuen uns über Beiträge über alle Veranstaltungen bei euch. (Kontakt siehe rechte Spalte).

**Wahlkrestag mit Eva von Angern**

Die Landtagsabgeordnete ist am **30.04.2020** in Calbe (Saale) unterwegs.

**„Kaffee mit Links“ im „Linkstreff“**

Im Ascherslebener Büro (Oststraße 5) gibt es am **06.04.2020 um 15 Uhr** das nächste „Kaffee mit Links“ mit MdL Thomas Lippman zum Lehrermangel in Sachsen-Anhalt.

**„Kaffee mit Links“ in Bernburg**

Am **08.04.2020 ab 16 Uhr** gibt es die nächste Gelegenheit, im Bernburger Wahlkreisbüro bei Kaffee und Kuchen ins Gespräch zu kommen.

**Volksbegehren „Den Mangel  
beenden“**

Der Kreisverband unterstützt das Volksbegehren und sammelt bis Anfang Juli Unterschriften für mehr Personal an den Schulen in Sachsen-Anhalt. Wir bitten um eure Unterstützung! Unterschriftenlisten gibt es in den Büros in Aschersleben, Bernburg, Schönebeck und Staßfurt oder im Internet unter [www.denmangelbeenden.de](http://www.denmangelbeenden.de). Bei Fragen könnt ihr euch jederzeit an den Kreisvorstand wenden (Kontakt siehe unten).

**Sprechstunde mit MdB Jan Korte**

Am **31.03.2020 ab 10 Uhr** auf dem Bernburger Karlsplatz.

**Nachruf**

In stillem Gedenken  
**Marianne Brüning**

OV Schönebeck  
Kreisvorstand



**Nachruf**

In stillem Gedenken  
**Karl-Heinz Stroh**

OV Nienburg  
Kreisvorstand



**Herzlichen Glückwunsch,  
Thüringen**

**Bodo  
bleibt!**



**Sitzung des Kreisvorstandes**

Der Kreisvorstand tagt wieder am **01.04.2020 um 18 Uhr** im Staßfurter Fraktionsbüro (Löderburger Straße 94).

**ClimatePartner<sup>®</sup>  
klimaneutral**

Druck | ID 11151-1701-1701

Die Linke Zeitung wurde klimaneutral auf Recyclingpapier gedruckt.

**Einsendeschluss für die nächste**

**DLZ ist der 03. April 2020.  
Redaktionsschluss für diese  
Ausgabe war  
der 06. März 2020.**

**Herausgeber:**

Kreisvorstand DIE LINKE, Salzlandkreis  
[www.dielinke-salzlandkreis.de](http://www.dielinke-salzlandkreis.de)  
[dielinke-slk@t-online.de](mailto:dielinke-slk@t-online.de)  
Postfach 1104, 06391 Bernburg

**Redaktion :**

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),  
Klaus Magenheimer

**Satz + Layout:** Karsten Noack

**Druck:** Saxoprint

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktionsschluss eingegangenen Artikeln kann die Veröffentlichung nicht garantiert werden.